

# Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nr. 69 / 22. März 2007 / Seite 7

## Alles eine Frage des Gegenübers

Das Handbuch zur deutschen Außenpolitik weist manche Lücke auf und stellt das Modell der "Zivilmacht" heraus

*Von Gregor Schöllgen*

Nie waren die Deutschen so gefragt wie heute. Wann und wo immer die Staatengemeinschaft nach Hilfe sucht, wendet sie sich früher oder später an Berlin. Inzwischen ist jede Form der Unterstützung gefragt und willkommen - diplomatische und militärische, wirtschaftliche und finanzielle ohnehin. Dafür gibt es Gründe, allen voran die neue Unübersichtlichkeit, die nach dem Zusammenbruch der alten Weltordnung an die Stelle der insgesamt berechenbaren Konstellationen des Kalten Krieges getreten ist. Dabei hatten sich die Deutschen mit ihrer Politik und Kriegführung in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts und namentlich mit dem Vernichtungsfeldzug gegen das europäische Judentum so gründlich ins Abseits manövriert, dass jahrzehntelang niemand mit einer Rückkehr auf die Weltbühne rechnen mochte. Am wenigsten sie selbst.

Wie gründlich muss sich die Lage geändert haben, dass die Bundesrepublik heute sogar im Nahost-Konflikt als Helfer in der Not gefragt ist. Wenn es um die diskrete Vermittlung eines Gefangenenaustausches geht, wenn neue Ideen für die Konfliktlösung, wie die sogenannte road map, gefragt sind oder wenn die fragile Waffenruhe vor der libanesischen Küste zu sichern ist, werden die Vertreter der Staatengemeinschaft, allen voran die Beteiligten selbst, in Berlin vorstellig.

Hier noch den Überblick zu behalten ist schwierig. Ihn zu vermitteln ist eine Herausforderung, an der sich auch die politische Wissenschaft seit Jahren abarbeitet. Der jüngste Versuch besteht aus fast 65 Einzelbeiträgen, umfasst beinahe 1000 Seiten, wiegt rund 1,8 Kilo und soll "der schnellen Orientierung" dienen. Um diese zu gewährleisten, haben sich die Herausgeber für eine systematische Anlage entschieden. Vor allem die Beiträge zu den Kapiteln "Institutionen und innerstaatliche Akteure" - wie Bundestag, Bundeskanzleramt, Auswärtiger Dienst, Gewerkschaften oder Medien -, "Politikfelder" - wie Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik oder Umweltpolitik - und "Staaten und Regionen" verschaffen mitunter vorzügliche Einblicke in Schlüsselthemen der auswärtigen Beziehungen.

Allerdings bleibt schleierhaft, nach welchen Kriterien namentlich die "Staaten und Regionen" ausgewählt worden sind. Man versteht, dass Frankreich, Großbritannien oder auch Polen jeweils eine nähere Betrachtung verdienen. Aber warum gilt das nicht auch für Spanien, Portugal, Griechenland oder Italien? Niemand wird die herausragende Bedeutung der Volksrepublik China und Indiens für die Gegenwart und die Zukunft der internationalen Beziehungen in Frage stellen. Aber dürfen deshalb Taiwan oder Pakistan unter den Tisch fallen? Natürlich lässt sich gut begründen, warum einige Regionen wie Russland und die "GUS-Staaten" oder der Nahe und Mittlere Osten sowie Israel gleich mit zwei Beiträgen vertreten sind. Aber rechtfertigt diese Schwerpunktsetzung, dass Australien oder Kanada überhaupt nicht vorkommen und dass ganz Afrika südlich der

Sahara auf gerade einmal zwölf und "Lateinamerika" auf mageren 14 Seiten abgehandelt werden? Die Tatsache, dass die atemberaubenden Entwicklungen in Mittel- und Südamerika im öffentlichen und offiziellen Bewusstsein Deutschlands, von einigen überregionalen Blättern einmal abgesehen, nicht vorkommen, kann doch kein Grund sein, sie in einem Handbuch zu übergehen.

Was für die thematische Breite gilt, trifft auch auf den historischen Tiefgang zu. Offenbar war es den Autoren freigestellt, ihre Beiträge mit einem solchen zu versehen oder auch nicht. Dabei stellen die Herausgeber einleitend unmissverständlich klar, dass sich gerade die "deutsche Außenpolitik nach 1990" nur verstehen lässt, "wenn man sie in den Kontext früherer Entscheidungen einordnet". In dieser Hinsicht mustergültig angelegte Beiträge über den "Zwei-plus-Vier-Vertrag", die transatlantischen Beziehungen oder Israel sind die Ausnahme.

Dafür fehlt es nicht an Versuchen, die sperrige historisch-politische Wirklichkeit in das Korsett realitätsferner Theorien zu zwängen. Es wäre doch gelacht, wenn es nicht endlich gelänge, den Rest der Welt vom deutschen Modell der "Zivilmacht" zu überzeugen. Denn um als solche eine Zukunft zu haben, ist Deutschland "auf einen zivilmachtskompatiblen internationalen Kontext angewiesen. Dies heißt: Die deutsche Außenpolitik braucht - insbesondere in Paris und Washington - Gegenüber, die ... sich selbst zumindest gewisse Elemente dieses Rollenkonzeptes zu eigen machen." Ob Jacques Chirac und George W. Bush oder ihre Nachfolger beziehungsweise Nachfolgerinnen, wer immer sie sein mögen, das begriffen haben?

*Siegmar Schmidt / Gunther Hellmann / Reinhard Wolf (Herausgeber): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007. 968 S., € 59,90.*